

An den Presse-Verteiler

Fraktionsvorsitzender:
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:
Robin Koppelmann

Fon: 0531 – 470 21 11

Fax: 0531 – 470 29 74

Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

PRESSEMITTEILUNG (14/2020)

Erscheinungsdatum: 28. April 2020

Stadt erklärt Radentscheid für „überwiegend unzulässig“ – SPD-Fraktion stellt Antrag zur Mai-Ratssitzung und setzt sich für Realisierung der umsetzbaren Ziele ein

Nachdem die Verwaltung das geplante Bürgerbegehren Radentscheid in der jetzigen Form für überwiegend unzulässig erklärt hat (Vorlage 20-13283), wird die SPD-Ratsfraktion zur kommenden Ratssitzung am Dienstag, 19. Mai einen Antrag zur Zukunft des Radverkehrs in Braunschweig stellen. „Auch wenn die Verwaltung entschieden hat, dass das Begehren derzeit juristisch nicht zugelassen werden kann, bewegt der Radverkehr in Braunschweig sprichwörtlich immer mehr Bürgerinnen und Bürger. Ein Handlungsbedarf ist also eindeutig gegeben“, erklärt Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. „Die SPD-Fraktion wird daher jene Punkte aus dem Bürgerbegehren, die in der jetzigen Situation finanziell und praktisch umsetzbar sind, politisch aufgreifen.“

Die Verkehrsexperten der Verwaltung hätten die vorgeschlagenen Maßnahmen im Bürgerbegehren inhaltlich überprüft und einige Vorschläge unterbreitet, welche Schritte perspektivisch umgesetzt werden könnten. Nicole Palm, SPD-Ratsfrau und Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses, erklärt hierzu: „Einige der hier dargestellten Maßnahmen, wie beispielsweise rote Markierungen von Radwegen an Kreuzungen, der Aufbau weiterer Fahrradständer an Bus- und Bahnhaltstellen oder die Überprüfung und Ausweitung des Radwegenetzes – insbesondere durch die Schaffung so genannter Velorouten – hatte die SPD-Fraktion ebenfalls bereits zum Haushalt 2020 beantragt. Wir sind hier inhaltlich sehr nah bei den Radverbänden.“ Mit der nun vorliegenden Einschätzung der Verwaltung bestehe die Chance, diese einzelnen Maßnahmen auch ohne einen Radentscheid mit entsprechenden Anträgen in den Ratsgremien zu verwirklichen: „Dies wird das Grundziel unseres Antrages sein“, erklärt Palm, die jedoch auch auf die aktuelle Corona-Krise verweist: „Insgesamt würden alle theoretisch umsetzbaren Einzelschritte den städtischen Haushalt um jährlich mindestens vier Millionen Euro mehrbelasten. Wir müssen angesichts der noch völlig unklaren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die städtischen Finanzen daher gemeinsam mit den Verbänden und der Verwaltung seriös prüfen, welche Schritte kurzfristig umsetzbar sind und welche perspektivisch auch Teil des derzeit in Erarbeitung befindlichen Mobilitätskonzeptes der Stadt Braunschweig werden könnten.“

Die SPD-Fraktion werde hierzu zeitnah entsprechende Gespräche initiieren. „Auch ohne einen Radentscheid wird das Thema nicht ruhen, ganz im Gegenteil – Braunschweigs Radverkehr hat weiter Luft nach oben. Wir werden daher nun gemeinsam daran arbeiten, diesen qualitativ und quantitativ weiter nach vorne zu bringen, um damit den Bürgerinnen und Bürgern – neben ÖPNV und Fußverkehr – eine weitere klimafreundliche Alternative zum Auto anbieten zu können“, erläutert Manfred Dobberphul, Radverkehrsexperte der SPD-Ratsfraktion, abschließend.